

Konjunkturlage in Deutschland

Grundtendenzen

Die konjunkturelle Besserung der deutschen Wirtschaft hat sich im vierten Vierteljahr 2003 fortgesetzt. Die Erholung kam aber – ähnlich wie in den Sommermonaten, die eine erste Belebung gebracht hatten – nur in kleinen Schritten voran. Nach der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes belief sich die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Schlussquartal saison- und arbeitstäglich bereinigt auf 0,2 %. Immerhin wurde damit die im ersten Halbjahr entstandene Produktionsdelle ausgeglichen und der Vergleichsstand von Ende 2002 in arbeitstäglicher Betrachtung leicht überschritten. Kalendermonatlich gerechnet ergab sich ein Anstieg um 0,2 %. Damit wurde das Anfang Januar bekannt gegebene Jahresergebnis für 2003 von – 0,1 % bestätigt.

*Leichter Anstieg
des BIP im
Schlussquartal
2003*

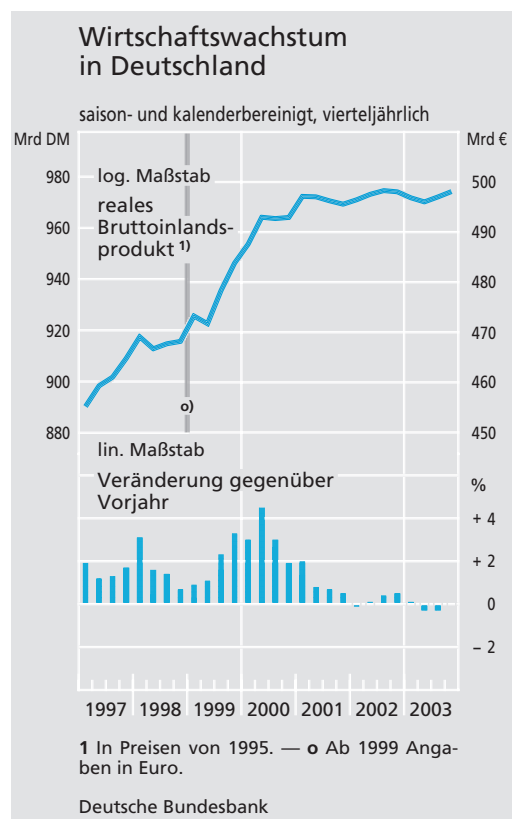
Getragen wurde das leichte BIP-Wachstum im vierten Quartal von einer Verbesserung der Inlandsnachfrage. Hier hat sich die Investitionstätigkeit wieder etwas belebt. Darüber hinaus sind die Lagerbestände nicht mehr abgebaut worden. Der Konsum der privaten Haushalte erwies sich hingegen weiterhin als Schwachstelle. Saisonbereinigt sind die Ausgaben – in konstanten Preisen gerechnet – nochmals zurückgegangen, das vergleichbare Vorjahresergebnis haben sie wie zuvor unterschritten. Vor allem die Umsätze des Einzelhandels sind trotz zahlreicher Sonderangebote und Rabattaktionen kräftig gesunken. Zudem verringerten sich die Zulassungen von neuen Kraftfahrzeugen. Folgt man den Umfragen der GfK, die im Auftrag der Europäischen Kommission bei den privaten Haushal-

*Inlandsnach-
frage erholt*

ten durchgeführt werden, so hat sich die Stimmung unter den Konsumenten nach einer vorübergehenden Aufhellung zuletzt wieder merklich eingetrübt. Nicht nur die Anschaffungsneigung, bei der sich zuvor eine Erholung andeutete, scheint ins Stocken geraten zu sein. Auch die Einkommensentwicklung wurde trotz der Entlastung bei der Einkommensteuer wieder skeptischer beurteilt. Dies dürfte nicht zuletzt mit dem durch den Wegfall von Sonderzahlungen geschmäleren Einkommensrahmen zusammenhängen. Aber auch Belastungen durch die Gesundheitsreform sowie eine allgemeine Unsicherheit über weitere Maßnahmen zur Wiederherstellung der Tragfähigkeit der Sozialsysteme haben wohl dämpfend gewirkt. Überzeugende Reformschritte sind notwendig, um das Vertrauen der Konsumenten zu stärken und wieder Zuversicht in die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen zu wecken. Unabdingbar ist zudem eine Besserung der Arbeitsmarktlage.

*Außenbeitrag
zuletzt
gesunken*

Von den Exporten, die im dritten Quartal die entscheidenden Wachstumsimpulse geliefert hatten, gingen auch weiterhin positive Anstöße aus. So haben die Ausfuhren gemäß den Angaben in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die sich auf die Ergebnisse der Zahlungsbilanzstatistik stützen, saisonbereinigt im vierten Quartal das außerordentlich hohe Ergebnis der Sommermonate nochmals leicht überschritten. Gleichzeitig sind im Unterschied zum Vorquartal aber auch die Einfuhren deutlich gestiegen. Der reale Außenbeitrag ist daher erheblich zurückgegangen, was insofern dämpfend auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum wirkte.



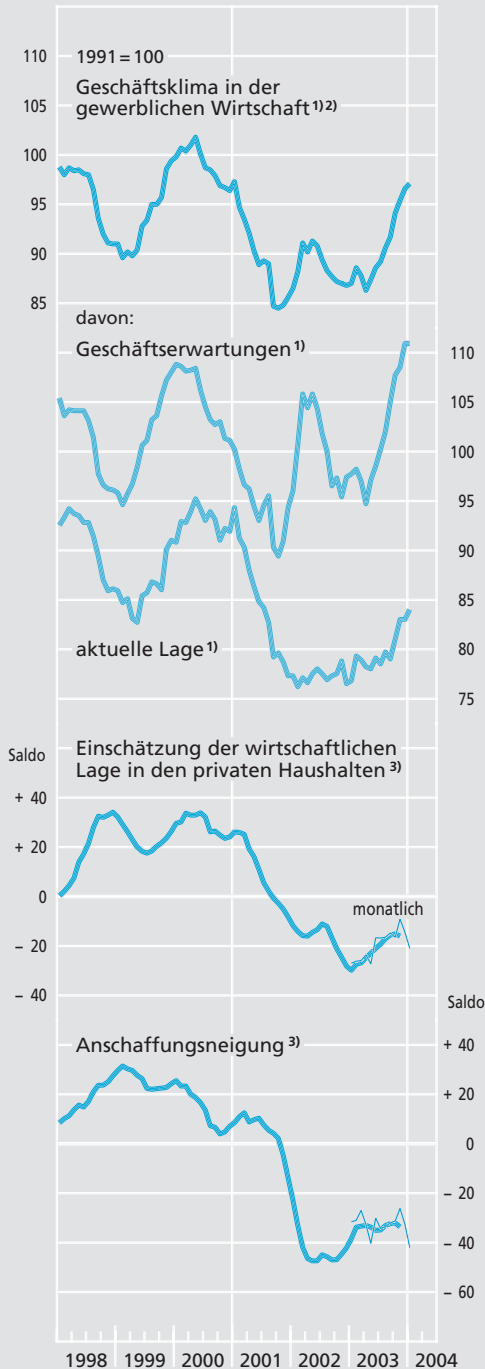
Die allgemein zuversichtlichen Erwartungen der Wirtschaft, wie sie beispielsweise in den Umfragen des ZEW oder des ifo Instituts zum Ausdruck kommen, sowie die insgesamt verbesserten Rahmenbedingungen lassen erwarten, dass sich der Erholungskurs fortsetzen wird.

Noch nicht klar erkennbar ist derzeit aber, wie reibungslos dieser Prozess voranschreitet und wann er in einen selbsttragenden Aufschwung mündet. Viel hängt dabei von der Wirtschafts- und Reformpolitik, den Tarifvertragsparteien und dem globalen Umfeld ab. Als externes Hauptrisiko für die Konjunktur wird momentan vor allem auf den Wechselkurs verwiesen. Sicherlich hat die Aufwertung des Euro namentlich gegenüber dem US-Dollar zumindest in ihrer Dynamik überrascht.

*Wie hoch ist
das Wechsel-
kursrisiko?*

Stimmungslage in der gewerblichen Wirtschaft und bei den privaten Haushalten

saisonbereinigt, monatlich



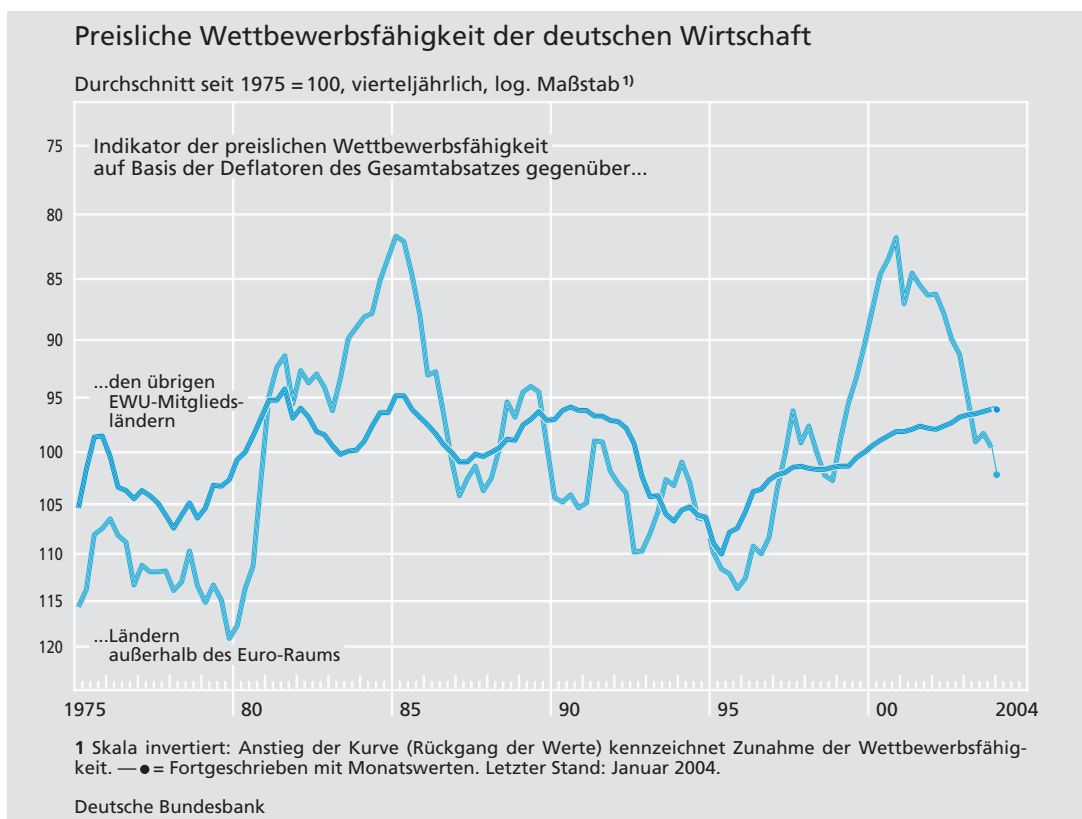
1 Quelle: ifo Institut. — 2 Westdeutschland. — 3 Nach Angaben der GfK. Gleitende Fünfmonatsdurchschnitte.

Deutsche Bundesbank

Sehen muss man aber auch, dass der gewogene, effektive Wechselkurs der europäischen Gemeinschaftswährung Mitte Februar nicht mehr als 3 % höher lag als im Herbst 2003, als die meisten Prognosen für 2004 aufgestellt wurden. Unter Status-quo-Bedingungen hält sich also der Korrekturbedarf für die Vorausschau bislang wohl allgemein in Grenzen.

Dies gilt auch deshalb, weil die Impulse, die vom Welthandel auf die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland ausgehen, sichtlich stärker geworden sind und das globale Wirtschaftswachstum in diesem Jahr durchaus etwas höher ausfallen könnte als ursprünglich erwartet. Hiervon dürfte auch die deutsche Wirtschaft recht gut profitieren, zumal ihr die weltweit anziehende Investitionsnachfrage, die im Übrigen vergleichsweise preisunelastisch ist, in besonderem Maße entgegenkommt und sie in regionaler Hinsicht breit aufgestellt ist. Zudem kann ihre preisliche Wettbewerbsposition gegenwärtig trotz der beachtlichen wechselkursbedingten Verluste im Vergleich zu früheren Höchstständen noch immer so gut wie im langfristigen Mittel eingestuft werden. Hierbei spielt auch eine günstige Rolle, dass gegenüber Anbietern aus dem Euro-Raum die Marktstellung deutscher Unternehmen von der Preis- und Kostenseite betrachtet weiter ausgebaut werden konnte. Diese gleichsam „reale Abwertung“ mildert den realen Aufwertungseffekt auf den Drittmarkten, insbesondere im Dollar-Raum. Nicht zuletzt deshalb ist das Konjunkturrisiko aus der bisherigen Euro-Aufwertung überschaubar. Die weitere Wechselkursentwicklung ist aber genau zu beobachten.

*Stärkere
expansive
Impulse vom
Welthandel*



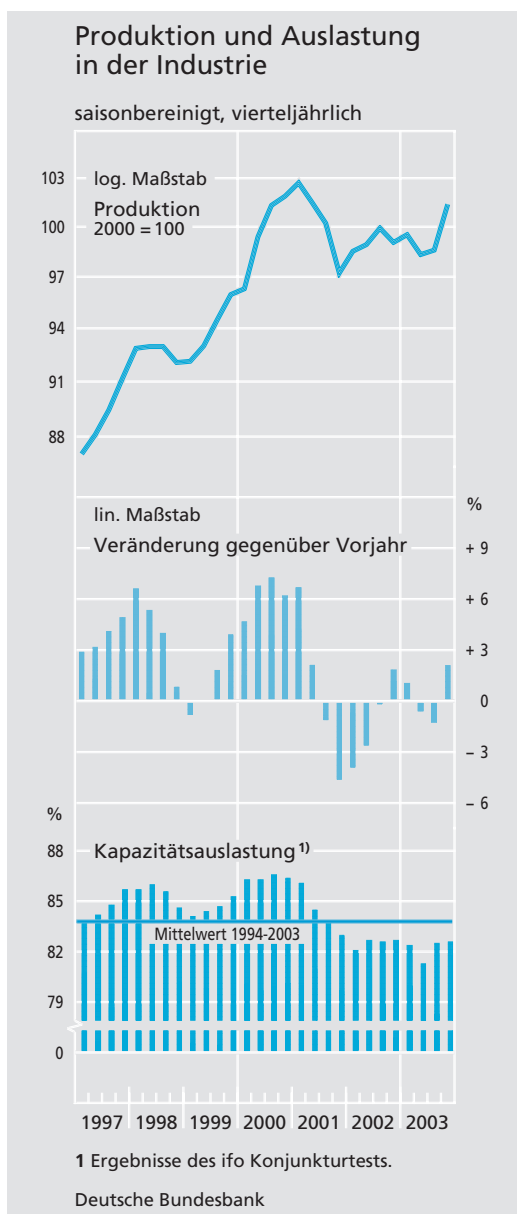
Modell-
simulationen

Wie verschiedene Simulationsergebnisse mit ökonometrischen Modellen zeigen, verteilen sich die Folgen eines Wechselkursschocks zudem über mehrere Jahre und werden durch die realen Einkommensgewinne der inländischen Unternehmen und Haushalte infolge der Terms-of-Trade-Verbesserung abgeschwächt. Außerdem sind die Auswirkungen von Wechselkursänderungen abhängig von den zu Grunde liegenden Ursachen und der Erwartung der Marktteilnehmer vor allem hinsichtlich der Dauerhaftigkeit der Aufbeziehungsweise Abwertung. Simulationsergebnisse beschreiben den durchschnittlichen Effekt auf der Basis geschätzter Strukturparameter längerer Stützzeiträume; sie müssen deshalb stets in den aktuellen Kontext eingeordnet und vor diesem Hintergrund interpretiert werden.

Berechnungen mit dem Bundesbank-Modell ergeben für den hypothetischen Fall einer allgemeinen und dauerhaften (sowie nicht antizipierten) Aufwertung des Euro von 10 % folgende kurz- und langfristigen Preis- und Mengenreaktionen der deutschen Volkswirtschaft:

- Die Verbraucherpreise fallen im dritten Jahr insgesamt um rund ½ % niedriger aus als im Basisszenario; die kurzfristige dämpfende Wirkung auf die Teuerungsrate beläuft sich im ersten Jahr auf 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte.
- Das reale BIP ist im dritten Jahr insgesamt um 1 % bis 1½ % niedriger als im Basisszenario; etwa die Hälfte der Wirkung (ein halber Prozentpunkt bis drei Viertel Pro-

Preis- und
Wachstums-
wirkungen



zentpunkte) tritt als Wachstumsverlust im ersten Jahr ein.

*Erholungs-
szenario weiter
intakt*

Folgt man diesen quantitativen „Faustformeln“ und stellt die Abweichungen der aktuellen Wechselkursverhältnisse von den typischen Wechselkursannahmen in den Prognosen vom Herbst 2003 in Rechnung, so hat das Erholungsszenario – trotz kleinerer Abstriche – in der Grundsubstanz weiterhin die

höchste Wahrscheinlichkeit. Das gilt umso mehr, als sich gleichzeitig die weltwirtschaftlichen Erholungschancen eher günstiger darstellen. Die vorliegenden Daten über die Exporterwartungen und die Auftragslage aus dem Ausland stützen eine solche Einschätzung.

Produktion und Arbeitsmarkt

Die Lage in der Industrie hat sich im vierten Quartal spürbar verbessert, und im Dezember – die üblichen jahreszeitlichen Bewegungen ausgeschaltet – wurde das höchste Produktionsniveau des vergangenen Jahres erreicht. Im vierten Quartal insgesamt ging die Erzeugung um rund 2¾ % über das Mittel des vorangegangenen Dreimonatszeitraums hinaus. Das vergleichbare Vorjahrsergebnis übertraf sie um 2¼ %, nachdem im dritten Vierteljahr noch ein Rückstand von 1¼ % zu verzeichnen gewesen war.

*Steigende
Industrie-
erzeugung*

Besonders günstig verlief die Entwicklung im Investitionsgütersektor. Hier betrug das Produktionsplus im Quartal saisonbereinigt 4 %. Insbesondere der Straßenfahrzeugbau und die Hersteller von nachrichtentechnischen Einrichtungen sowie Mess- und Kontrollinstrumenten haben die Erzeugung kräftig ausgeweitet. Im Fahrzeugbau hat eine Rolle gespielt, dass in einem großen Konzern vorgearbeitet wurde, weil das Stammwerk von Weihnachten an bis Ende Januar wegen Renovierungsarbeiten geschlossen war. Nicht ganz so stark, aber mit 3 % noch immer recht kräftig, ist daneben die Produktion im Bereich

der Vorleistungsgüter ausgeweitet worden. Hier hat speziell die Stahlindustrie zugelegt.

*Erhöhte
Kapazitäts-
auslastung*

Mit der Belegung der Erzeugung ging eine Zunahme der Auslastung der Produktionskapazitäten einher. Nach den Umfragen des ifo Instituts hat sich der Grad der Beanspruchung im Durchschnitt des vierten Quartals saisonbereinigt auf 82 ½ % der betriebsüblichen Vollauslastung erhöht. Damit wurde der vergleichbare Vorjahrsstand wieder erreicht, nachdem im ersten Halbjahr 2003 das niedrigste Niveau seit Mitte der neunziger Jahre gemeldet worden war.

*Schwache
Bauproduktion*

Die Lage in der Bauwirtschaft blieb gedämpft. Den vorliegenden Daten zufolge ging die Produktion des Bauhauptgewerbes in den letzten Monaten des vergangenen Jahres saisonbereinigt zwar leicht über den Stand des dritten Quartals hinaus. Das Produktionsniveau war aber weiterhin sehr niedrig und lag auch im vierten Quartal insgesamt etwas unter dem Vorjahr. Immerhin deutet sich eine Stabilisierung an. Ungünstiger war die Entwicklung im Ausbaugewerbe. Hier sind die Umsätze im dritten Quartal – weiter reichende Informationen liegen gegenwärtig nicht vor – um 7 % hinter dem Vergleichsniveau von 2002 zurückgeblieben. Die geleisteten Arbeitsstunden lagen sogar um nahezu 8 % zurück. Zuvor waren die Abstände aber noch größer gewesen.

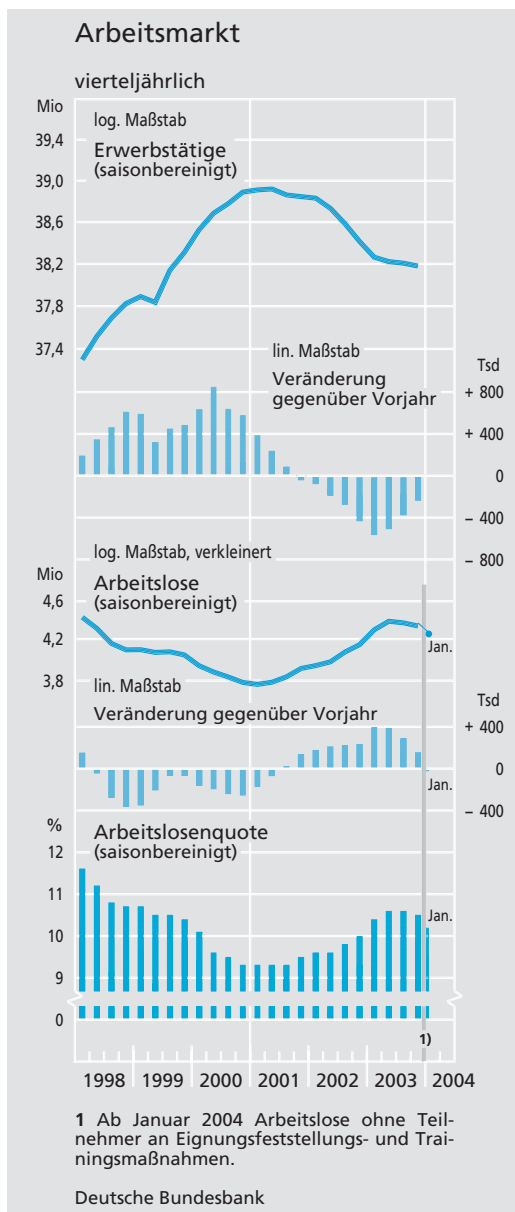
*Zurückhaltende
Dienstleister*

Die unternehmensnahen Dienstleister, die in einer Umfrage des ZEW vierteljährlich Auskunft über ihre wirtschaftliche Lage und auch die Erwartungen geben, haben im vierten Quartal ihre Situation wieder etwas vorsichti-

ger eingestuft. Sowohl im Hinblick auf die aktuellen Nachfragetendenzen als auch bei den getätigten Umsätzen waren die Meldungen nicht mehr so positiv wie noch im vorangegangenen Vierteljahr. Insbesondere unter den Anbietern von Telekommunikationsdienstleistungen wie auch den Unternehmensberatungen und Firmen für technische Beratung und Planung hat sich die Stimmung zuletzt wieder eingetrübt. Besser abgeschnitten haben dagegen die EDV-Dienstleister und der Handel mit informationstechnischen Geräten.

Im Handel blieben die Umsätze – in konstanten Preisen gerechnet – zuletzt hinter den Vorjahrsergebnissen zurück. Dies gilt insbesondere für den Einzelhandel. Hier ergaben sich im vierten Quartal Einbußen gegenüber 2002 von rund 2 %. Im Großhandel war die Entwicklung deutlich weniger ungünstig, was speziell auf Umsatzsteigerungen im Bereich Feste Brennstoffe und Mineralöl zurückzuführen war. Aber auch der Handel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern schnitt vergleichsweise gut ab. Das Hotel- und Gastgewerbe sah sich dagegen bis zuletzt mit sinkenden Umsätzen konfrontiert. Auch wenn die Rückgänge im Vorjahrsvergleich allmählich an Schärfe verlieren, so verblieb im Mittel der letzten drei Monate des Jahres 2003 noch immer ein Minus von gut 3 ¾ %. Überdurchschnittlich betroffen waren weiterhin die Restaurantbetriebe. Dies zeigt, dass sich die Zurückhaltung der Besucher, die angesichts kräftiger Preissteigerungen im Zusammenhang mit der Bargeldeinführung des Euro einsetzte, offenbar nur langsam abbaut. Darüber hinaus dürfte auch die anhaltend ungünsti-

*Umsatz-
einbußen im
Handel und
Gastgewerbe*



tige Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung dämpfend gewirkt haben.

Fortdauernder
Beschäftigungs-
abbau

Der Arbeitsmarkt stand auch in den letzten Monaten des vergangenen Jahres im Zeichen anhaltender Arbeitsplatzverluste. Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes sank die Zahl der Erwerbstätigen saisonbereinigt im vierten Quartal 2003 auf 38,21 Millionen. Das waren rund 30 000 weniger als im

Sommervierteljahr und 235 000 oder ½ % weniger als zwölf Monate zuvor. Besonders betroffen vom Arbeitsplatzabbau waren weiterhin das Baugewerbe und die Industrie. Aber auch im Dienstleistungsbereich wurden per saldo nur wenige neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. Während die Zahl der abhängig Beschäftigten zurückging, nahmen mehr Personen eine selbständige Tätigkeit auf, unterstützt nicht zuletzt durch eine verstärkte arbeitsmarktpolitische Förderung beispielsweise in Form der Ich-AG.

Die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Arbeitslosen ist saisonbereinigt seit dem Frühjahr 2003 gesunken. Ende Januar 2004 belief sie sich auf 4,27 Millionen. Dabei ist eine methodische Änderung, nach der Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen (im Dezember rd. 85 000 Personen) nicht mehr zu den Arbeitslosen gerechnet werden, zu beachten. Der vorangegangene Höchststand vom Mai wurde um 160 000 unterschritten. Gegenüber dem Vorjahr, das im zweiten Quartal 2003 noch um 400 000 Personen überschritten worden war, ergab sich ein Rückgang um 26 400. Die Arbeitslosenquote betrug saisonbereinigt nach der Rechnung der Bundesagentur für Arbeit im Januar 2004 10,2 %, gemäß der europäischen Standardisierung waren es 9,2 %. Von Bedeutung für den Abbau der registrierten Arbeitslosigkeit war auch weiterhin das Bemühen der Arbeitsverwaltung, unter den gemeldeten Arbeitslosen Personen mit mangelnder Einsatzbereitschaft herauszufiltern. In den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres stand nicht weniger als rund ein Viertel aller Abmeldungen aus

Sinkende
Arbeitslosigkeit

der Arbeitslosigkeit hiermit im Zusammenhang.

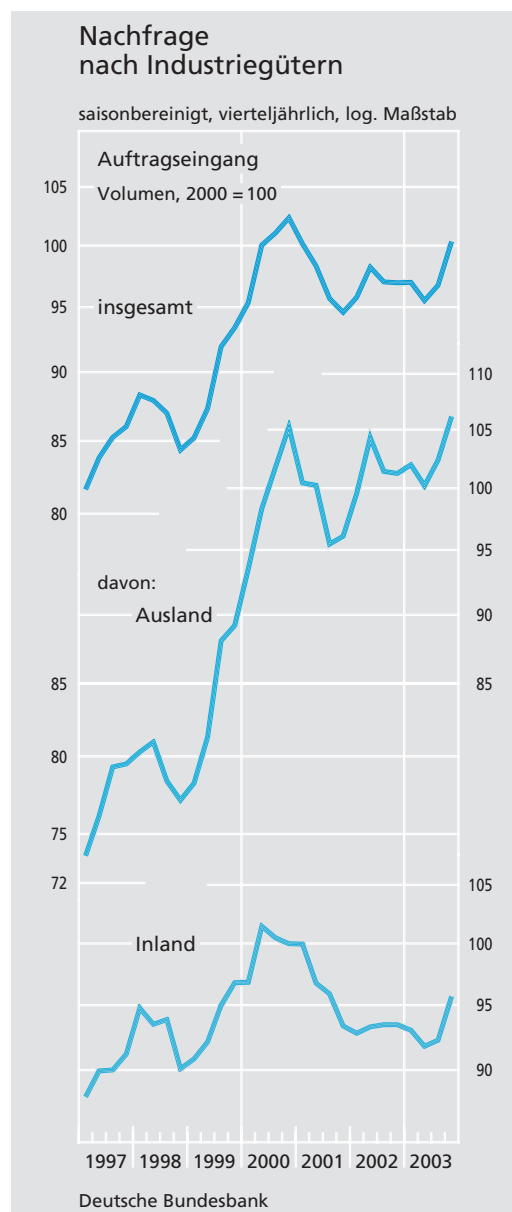
Auftragslage

Belebung der Nachfrage...

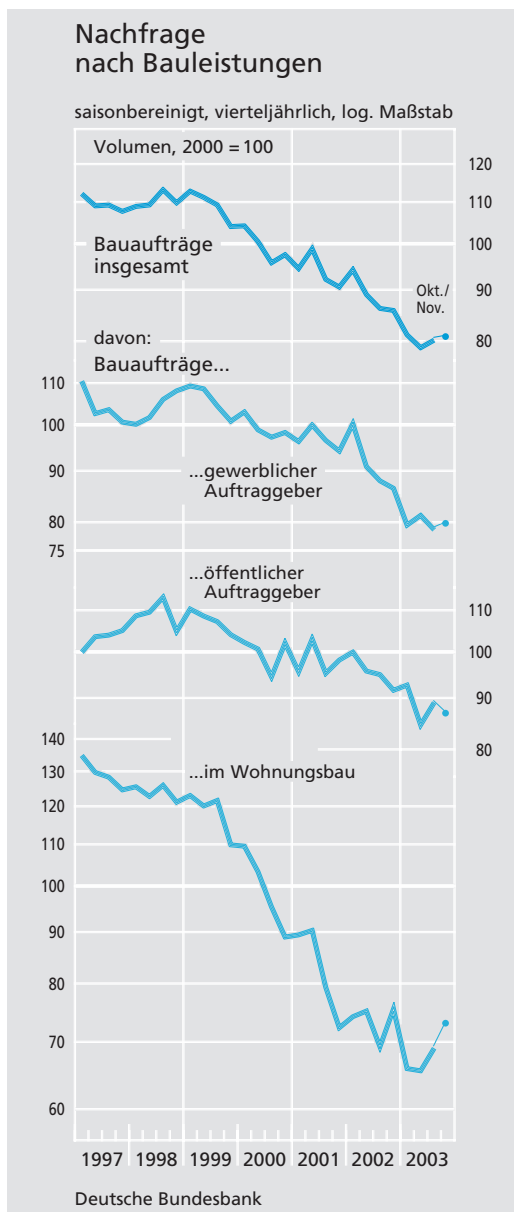
Die Auftragseingänge bei der Industrie haben sich nach Ende der letztjährigen Sommerferien deutlich erhöht. Im vierten Quartal 2003 insgesamt gingen sie saisonbereinigt um gut $3\frac{3}{4}\%$ über das durchschnittliche Niveau der Sommermonate Juli/September hinaus. Das Vorjahrsergebnis, das im dritten Vierteljahr noch etwas unterschritten wurde, übertrafen die Bestellungen um etwa $3\frac{1}{2}\%$.

... aus dem Inland ...

Die Nachfrage aus dem Inland, die im Sommer noch weitgehend stagniert hatte, ist zuletzt kräftig gestiegen. Saisonbereinigt belief sich der Zuwachs in den letzten drei Monaten des Jahres auf $3\frac{3}{4}\%$. Die Vorjahresrate sprang von $-1\frac{1}{4}\%$ im dritten auf $+2\frac{1}{4}\%$ im vierten Quartal. Wenn sich die Auftragsvergaben insbesondere auf die Monate Oktober und November konzentrierten, so sind einerseits Nachholeffekte gegenüber der sommerlichen Urlaubszeit und andererseits das Vorziehen von Vergaben im Hinblick auf die weihnachtliche Ferienzeit nicht auszuschließen. Den stärksten Auftragsschub verzeichnete mit saisonbereinigt $4\frac{3}{4}\%$ der Vorleistungsbereich. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich hier erstmals seit längerem wieder ein Zuwachs von $2\frac{1}{4}\%$. An der Spitze lag die Eisen- und Stahlindustrie, in der die Bestellungen um ein Zehntel ausgeweitet wurden. Die Hersteller von Elektrizitätsverteilungs- und -schalt-einrichtungen erreichten ein Plus von $4\frac{1}{4}\%$. Bei den Produzenten von Konsumgütern er-



höhte sich die Nachfrage saisonbereinigt um $3\frac{1}{2}\%$. Damit konnte das Auftragstal, das in den ersten drei Quartalen des Jahres zu beobachten gewesen war, zu einem guten Teil wieder ausgeglichen werden. Aber auch im Bereich der Investitionsgüter haben sich die Geschäftsabschlüsse in den letzten Monaten des Jahres belebt, wenngleich nur unterdurchschnittlich. Der Zuwachs gegenüber dem Vorquartal belief sich saisonbereinigt auf



2¾ %. Der Abstand zum Vorjahr erreichte fast 3½ %. Obwohl sich im Maschinenbau die Auftragsentwicklung gegen Ende des Jahres wieder deutlich abschwächte, ergab sich im gesamten Quartal noch ein Zuwachs um rund 7 %.

Die Nachfrage des Auslands nach deutschen Industriegütern erreichte im Dezember letzten Jahres, als eine ganze Reihe von Großauf-

trägen verbucht werden konnte, einen Spitzenwert. Im vierten Quartal insgesamt ergab sich gegenüber dem Mittel der Monate Juli/September, die nach dem Tiefpunkt im Frühjahr bereits einen Anstieg gebracht hatten, eine Zunahme um 3½ %. Im Vergleich zum Vorjahr vergrößerte sich der Auftragsfluss um 5 %, nach lediglich 1 % im dritten Vierteljahr. Eine besonders starke Zunahme zeigt sich bei den Konsumgüterherstellern. Speziell Verbrauchsgüter und darunter Textil- und Bekleidungsartikel waren rege gefragt. Recht kräftig fiel ferner der Zuwachs im Bereich der Investitionsgüter aus. Insbesondere der Maschinenbau sah sich zum Jahresende einer ganzen Reihe großer Aufträge gegenüber, die im Quartal insgesamt zu einem Schub von saisonbereinigt mehr als 10 % führten. Darüber hinaus belebte sich die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen wieder etwas, die zuvor längere Zeit nahezu stagniert hatte. Bei den Vorleistungsgütern tritt die Metallerzeugung und -bearbeitung hervor. Um saisonbereinigt rund 16 % waren hier die Aufträge in den letzten drei Monaten 2003 höher als im Vorquartal.

Die Nachfrage nach Bauleistungen ist im Oktober/November weitgehend konstant geblieben. Sie hat sich damit zwar gegenüber dem Tiefstand im zweiten Quartal 2003 etwas erholt, eine nachhaltige Besserung zeichnet sich aber bisher nicht ab. Dies hängt damit zusammen, dass einer Zunahme der Aufträge im Wohnungsbau eine fortdauernde Zurückhaltung der gewerblichen Auftraggeber gegenübersteht. Auch von der öffentlichen Hand sind keine belebenden Impulse ausgegangen. Wie niedrig das Niveau der gesamten Auftragseingänge beim Bauhauptge-

Baunachfrage weitgehend konstant

... und dem Ausland

werbe noch immer ist, wird nicht zuletzt an dem Rückstand gegenüber dem Vorjahr von 6 % deutlich. Das war nicht viel weniger als im dritten Quartal, in dem die Vorjahrsrate – 7 ½ % betrug.

Die Nachfrage im Wohnungsbau, die im Oktober/November – die jahreszeitlich üblichen Schwankungen ausgeschaltet – um 5 ½ % höher war als im dritten Quartal und das niedrige erste Halbjahr 2003 um etwa ein Zehntel übertraf, dürfte wesentlich von der Diskussion um Einschränkungen der Wohnungsbauförderung geprägt worden sein. Um einer Kürzung zuvorzukommen, sind nicht wenige Bauvorhaben beschleunigt in Angriff genommen worden. Folgt man den Genehmigungen, so betraf dies insbesondere Einfamilienhäuser. Eigentumswohnungen und Bauobjekte mit drei und mehr Wohnungen blieben demgegenüber wenig gefragt. Es ist zu vermuten, dass die Nachfrage nach Eigenheimen im laufenden Jahr wieder abflauen wird.

Preise

*Verteuerung
der Gesund-
heitspflege*

Die Verbraucherpreise haben sich zu Jahresbeginn 2004 recht kräftig erhöht. Nachdem sie saisonbereinigt in den letzten Monaten von 2003 weitgehend stabil geblieben waren, ergab sich im Januar ein Anstieg des vom Statistischen Bundesamt auf vorläufiger Basis berechneten Index um 0,4 %. Wesentlich hierfür waren die erhöhten Zuzahlungen im Rahmen der Gesundheitsreform (vgl. hierzu die Erläuterungen auf S. 50). Diese sind auch maßgeblich dafür, dass die Vorjahrsrate von

1,1 % im Dezember auf 1,2 % im Januar zunahm. Lässt man die Güterkategorie Gesundheitspflege außen vor, so verringert sich der Preisanstieg gegenüber dem Vorjahr im Januar auf 0,6 %. Hier wirkt sich insbesondere der Basiseffekt der Steuererhöhungen auf Energie und Tabakwaren aus, die zum 1. Januar 2003 wirksam geworden waren. Zudem sind die nach dem Ende der Weihnachtsferien üblichen Preissenkungen für Pauschalreisen und Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes vergleichsweise kräftig ausgefallen, was mit der verringerten Reisefreudigkeit der privaten Haushalte zusammenhängt.

Bei Energie hat sich preisdämpfend ausgewirkt, dass die Euro-Aufwertung den anhaltenden Anstieg der Notierungen auf den internationalen Märkten für Öl und Mineralöl-erzeugnisse mehr als kompensierte. Während sich die Spotmarkt-Preise für Brent-Nordseeöl Ende 2003 und Anfang 2004 auf deutlich über 30 US-\$ erhöhten, sind die deutschen Einfuhrpreise im Dezember, bis zu dem die Angaben gegenwärtig reichen, sowohl für Rohöl als auch für Benzin und Heizöl gesunken. Dies trug auf der Verbraucherstufe dazu bei, dass die Benzinpreise im Januar 2004 wohl nahezu konstant blieben und sich Heizöl trotz des zeitweise kalten Winterwetters weniger als im vergangenen Jahr verteuerte.

*Energiepreise
durch Aufwertung
gedämpft*

Die Abgabepreise der Industrie auf den Inlandsmärkten sind in den letzten Monaten des vergangenen Jahres nur wenig angehoben worden. Über den Vorjahrsstand gingen sie im Dezember um 1,8 % hinaus. Ein ent-

*Moderate Preis-
entwicklung
auf der Erzeu-
gerstufe*

Die Gesundheitsreform und die Verbraucherpreise

Nach ersten, vorläufigen Berechnungen hat sich der Teilindex für die Gesundheitspflege, in dem sich die Änderungen im Rahmen der Gesundheitsreform niederschlagen, im Januar 2004 um nicht weniger als etwa 17 % gegenüber dem Vormonat erhöht. Die Vorjahresrate der Verbraucherpreise insgesamt ist dadurch auf 1,2 % gestiegen. Ohne die Gesundheitspflege gerechnet, sind es schätzungsweise lediglich 0,6 % gewesen.

Ein wesentliches Element der aktuellen Reform ist der partielle Wechsel von bisher beitragsfinanzierten Sachleistungen auf monetäre Eigenleistungen der Verbraucher. Dies führt zu einer Erhöhung der privaten Konsumausgaben. Beispielsweise dürfen nicht verschreibungspflichtige Medikamente grundsätzlich nicht mehr auf Kosten der Krankenkassen verordnet werden. Sie sind im Regelfall vom Patienten selbst voll zu bezahlen. Darüber hinaus sind zahlreiche Zuzahlungen erhöht worden, und erstmals gibt es eine Praxisgebühr. Zudem werden bestimmte Leistungen (z. B. Sehhilfen und Fahrtkosten) nicht mehr von den Krankenkassen übernommen.

Die Reform des Gesundheitswesens hat deshalb so starke Auswirkungen auf die gemessene Teuerung, weil sich der Verbraucherpreisindex auf die Konsumausgaben der privaten Haushalte in der Definition der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) bezieht. Dazu zählen allein die Ausgaben, über die die Verbraucher im Prinzip frei entscheiden können. Direkte Steuern und Sozialabgaben – in diesem Fall die Krankenkassenpflichtbeiträge – dagegen mindern unmittelbar das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Die bei der Reform angestrebte Senkung der Krankenversicherungsbeiträge wirkt entsprechend positiv auf die Einkommen. Leistungen der Krankenkassen, die aus den Beiträgen finanziert werden, sind in den Kategorien der VGR Staatsverbrauch.

Nach dieser Aufteilung berücksichtigt der Verbraucherpreisindex bei mischfinanzierten Gütern und Dienstleistungen – dem Netto-Preiskonzept folgend – lediglich den Teil, der auf die privaten Haushalte entfällt. Der Preis für ein Medikament beispielsweise ist daher der Betrag, den der Verbraucher direkt entrichten muss. Bei einer Kürzung der Zahlung der gesetzlichen Krankenversicherungen oder einer Eingrenzung der Verordnungsfähigkeit von Medikamenten und Arztleistungen erhöhen sich die Aufwendungen der Verbraucher. Der Verbraucherpreisindex zeigt also bei einer Umstellung des Finanzierungsverfahrens selbst dann eine Preissteigerung an, wenn sich der Marktpreis des Medikaments nicht verändert. Ähnlich verhält es sich bei medizinischen Leistungen, für die erstmals Zahlungen zu übernehmen sind.

In den VGR führt eine reine Umschichtung der Finanzierung der Gesundheitsleistungen auf die privaten

Haushalte zu einem Anstieg der privaten Konsumausgaben, dem ein Rückgang der Konsumausgaben des Staates gegenübersteht. Analog kompensiert ein Rückgang des Deflators des Staatskonsums den Preisanstieg des privaten Verbrauchs, so dass die Preisentwicklung des Bruttoinlandsproduktes prinzipiell unverändert bleibt. So lange sich die Erzeugerpreise der medizinischen Leistungen nicht ändern, ist eine Verlagerung der Ausgaben aus gesamtwirtschaftlicher Sicht preisniveauneutral. Ein solcher Sachverhalt ist geldpolitisch anders zu würdigen als etwa eine kostengetriebene Zunahme der Verbraucherpreise.

Das Gleiche gilt für die Lohnpolitik, wenn sie bei ihren Tarifforderungen die Entwicklung der Verbraucherpreise einbezieht. Ein umschichtungsbedingter Preisanstieg beeinflusst weder die Ertragslage noch die Lohnzahlungsfähigkeit der Unternehmen. Dies ist anders, wenn es – wie erhofft – zu einer Verringerung der Krankenversicherungsbeiträge kommt. Dann würde, isoliert betrachtet, der Verteilungsspielraum zunehmen. Allerdings ist es explizites Ziel der Gesundheitsreform, die Arbeitgeber bei den Beiträgen zur Krankenversicherung zu entlasten, da die Lohnnebenkosten und damit die Lohnkosten insgesamt als beschäftigungshemmend hoch angesehen werden. Deshalb wäre die tarifpolitische Ausschöpfung eines erweiterten Verteilungsspielraums nicht angemessen.

Mit der Gesundheitsreform verbinden sich begründete Hoffnungen auf Effizienzsteigerungen im Gesundheitssystem. Da der direkt von den Verbrauchern zu zahlende Preis für medizinische Waren und Leistungen in vielen Fällen erheblich steigt, kann mit einer sparsameren Inanspruchnahme gerechnet werden. Beispielsweise dürften nicht unbedingt notwendige Arztbesuche reduziert und in stärkerem Maß preiswertere Generika nachgefragt werden. Wenn solche Spar- und Substitutionseffekte auftreten, überzeichnet der Verbraucherpreisindex aus der Sicht eines Lebenshaltungskostenindex tendenziell die Teuerung, denn er wird als Laspeyres-Index und damit für eine gegebene Mengenstruktur berechnet. Bei einem (partiellen) Verzicht auf die für den Verbraucher teurer gewordenen Produkte gibt ein Laspeyres-Index eine nicht repräsentative, weil zu hohe Teuerungsrate an. Neben solchen Mengeneffekten kann es auch zu direkten Preiseffekten kommen, wenn die Anbieter medizinischer Waren und Leistungen bei sinkender Nachfrage ihre Preise reduzieren. Da im Rahmen der Gesundheitsreform die Preisbindung für rezeptfreie Medikamente aufgehoben und zudem der Versandhandel mit Arzneimitteln freigegeben wurde, ist im Laufe der Zeit mit solch direkten Preiseffekten zu rechnen.

scheidender Teil der Teuerung entfiel dabei auf die Energie, die Ende vergangenen Jahres den Vorjahrswert um 8% übertraf, wobei auch die Steuererhöhungen von Anfang 2003 nachwirkten. Ohne Energie gerechnet, musste für Industrieerzeugnisse im Dezember

2003 im Durchschnitt kaum mehr bezahlt werden als vor Jahresfrist (+ 0,2%). Auch Bauleistungen waren im vierten Quartal letzten Jahres nur geringfügig teurer (+ 0,1%) als zwölf Monate zuvor.